

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

260 (13.11.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abblenden abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,25, durch den Briefträger ins F. u. gebracht, 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Reklamspalte oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Redaktionsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil (i. V.): J. Theodor Meyer; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.

Die politische Lage in Baden nach den Wahlen

belichtet vom
Zentrumsführer Geistl. Rat Th. Wader.
In einer vom katholischen Bürgerverein Freiburg einberufenen großen Männerversammlung in katholischen Vereinsheim am 11. Nov. abends, wo stürmischen Jubel begrüßt, der Chef der badischen Zentrumsparlei, Herr Geistl. Rat Wader über die politische Lage nach den Wahlen. Es war ein Rückblick und ein Ausblick von hoher Führerhöhe, der im Rande sicherlich mit großem Interesse geleitet wird. Wir lassen deshalb die Rede in ihren Hauptteilen nach dem Bericht der „Freib. Tagespost“ im Wortlaut hier folgen.
Sehr verehrte Herren! Die Oktoberwahlen von 1909 haben ein Ergebnis gehabt, mit dem keine Partei gerechnet hat. Die Gegner mühen sich förmlich ab, das Zentrum als die Partei hinzustellen, welche in eben diesen Wahlen bis zur Vernichtung geschlagen und zu völliger Ohnmacht zurückgedrängt sei. So jagen insbesondere nationalliberale Blätter die Situation nach den Wahlen hinzustellen. Es mag sein, daß es ihnen dabei hauptsächlich darum zu tun ist, die Aufmerksamkeit des Publikums vom Stund über die Partei abzulenken. Das kann ihnen aber nicht gelingen. Unsere Art ist es nicht, Schönfärberei zu treiben; wir brauchen es auch nicht. Dagegen haben wir ein eigenes großes Interesse daran, über die Situation, in keiner Weise uns zu täuschen und alle Parteigenossen klar sehen zu lassen, wie die Wahl-Ergebnisse vom 21. und 30. Oktober 1909 einzuschätzen sind, und was sie uns lehren. So wie die Gegner glauben machen wollen, liegt nun aber die Sache durchaus nicht.
Wäre jemand in der Lage gewesen, klar und sicher zu sehen, wie weit die Unzufriedenheit über Steuerbelastung und anderes um sich gegriffen und wie tief sie sich fortgesetzt hätte, hätte jemand sicher darüber urteilen können, wie weit die infame Freirefuge und Verleugung des Volkes mit den Waffen gewöhnlicher Lüge nachhaltige Wirkung erzielt, wäre dann das eine und das andere für jedermann klar festgestellt gewesen, als die entscheidenden Kämpfe um die 73 Mandate in unmittelbarer Nähe rückten, da wären die 23 gereiteten Mandate vom 21. Oktober 1909 als ungleich reichere Ernte erschienen, als die 28 vom 19. Oktober 1905. Und am Abend des 30. Oktober hätte man ohne alle Einschränkung gesagt: sehr viel gerettet und damit Großes erreicht. Wir haben in größerer Schwierigkeit und Gefahr uns befinden, als wir und auch andere wußten. Und je mehr sich die Gefahr den Wahlen entzog, desto schwieriger war ihre Bekämpfung.
Im übrigen ist nicht zu übersehen, welcher Maßstab anzulegen ist, wenn die Frage zur Diskussion steht, wie das Zentrum einen Wahlkampf bestanden hat. Bis zur Stunde war der einzig richtige Maßstab die Mandatsstärke des Nationalliberalismus. So bemessen heißt es:
17 Mandate dort, 26 hier.
Gegen 23 dort und 28 hier im Jahre 1905.
Wahl man den ganzen Liberalismus in seinen vier Schattierungen zusammenrechnen, so heißt es:
24 dort, 26 hier.
Gegen 29 dort und 28 hier im Jahre 1905.
Das nimmt sich nicht wie eine vernichtende Niederlage des Zentrums aus.
Noch weniger kann es nationalliberale Blätter Anlaß und Grund bieten, Siegeshymnen anzustimmen.
Gleichwohl müssen wir von Mißerfolg sprechen. Ob wir auch Grund haben, darüber zu klagen, läßt sich nicht feststellen. Wir können nicht in die Zukunft sehen; weder in die, wie sie sich in Wirklichkeit gestaltet, noch in die, welche unter bestimmten Umständen zu erwarten wäre. Welche Wogen vor dem entscheidenden Wahltag war in einem Kreise von Vertrauensmännern die Rede von den möglichen und wahrscheinlichen Erfolgen des Zentrums. Dabei wurde an mich die Frage gestellt, wie ich mir die Zukunft denke, wenn die erhofften Erfolge alle erlangen werden. Meine Antwort lautete: Ich erkläre unumwunden, daß ich mir schon mehr als einmal diese Frage selber vorgelegt habe, und machte kein Hehl daraus, daß ich mit einiger Sorge an die Zukunft denke. Ich bin der Meinung und habe stets danach gehandelt, daß man beim Wahlkampf von heute auch vor Augen haben muß, wie der von morgen sich gestalten kann. Allein als praktischer Mann werde ich mich weniger mit den möglichen Sorgen von morgen beschäftigen, so lange die wirklichen Sorgen von heute nicht erledigt sind.
Der Erfolg von heute ist geringer als wir erwartet haben; er ist ein Mißerfolg. Geringer ist aber auch die Sorge, die wir nach Lage der Dinge für morgen zu erwarten haben. Der geringere

Erfolg von heute bietet die Aussicht eines reicheren Erfolges für morgen. Worin besteht unser Mißerfolg?
Wir haben nicht gewonnen, was wir zu gewinnen erhofft hatten. Der Ausgang des Wahlkampfes in Meßkirch-Stodach, Freiburg II und Baden-Baden war für uns eine Enttäuschung. Wir haben für uns in diesen Bezirken auf mehr Stimmen gehofft und haben nicht erwartet, daß Nationalliberale und Sozialdemokraten in gleicher Geschlossenheit zusammengehen würden wie 1905.
Wir haben zwei Mandate verlorren; mit dem Verluste des einen haben wir gerechnet, mit dem des anderen nicht, wenigstens nicht bis auf die letzten Tage vor der Wahl.
Wir haben an Stimmen verloren. Wir mußten damit rechnen und haben damit gerechnet, daß wir an Stimmen verlieren würden; verlieren durch Wahlenthaltung und durch Stimmentragung im Merger und Verdruß. Allein wir haben nicht damit gerechnet, daß das eine und das andere in so starkem Prozentsatz eintreten würde, wie es eingetreten ist.
Die prozentuale Stimmenabgabe.
Unter den 23 Wahlbezirken, welche das Zentrum im ersten Anlauf gewonnen hat, sind nur 6, in welchen dem Zentrum von den abgegebenen Stimmen 70 Prozent zugefallen sind:
Lauderbach-Görsheim 88,5
Staufen-Freiburg 75,2
Höllental-Neberlingen 74,2
Wahl-Waldshut 71,8
Nüchtern-Eberbach 71,2
Wertheim 70,1
Andererseits sind 8 darunter, in welchen das Zentrum weniger als 55 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat:
Kastatt-Wahl-Baden 54,3
Bellingen-Donaueshingen 53,8
Konstanz-Neberlingen 53,5
Waldshut 52,6
Oberkirch-Wahren 52,4
St. Blasien-Waldshut 51,7
Freiburg-Emmendingen 50,5
Freiburg-Emmendingen 50,4
In nicht weniger als 14 von den 23 vorwiegend ländlichen Wahlbezirken mit katholischer Mehrheit, also in der Hälfte derselben hat die Sozialdemokratie über 15 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, also eine genügende Zahl, um in einen etwaigen zweiten Wahlgang kommen zu können.
Den Bezirk Kastatt-Emmendingen-Karlsruhe hat sie mit 54,2 Prozent der abgegebenen Stimmen sofort gewonnen.
In 7 anderen hat sie die Stärke von 33 bis 20 Prozent erhalten:
Kastatt-Wahl-Baden 33,2
Oberkirch-Wahren 28,6
Bruchsal-Land 23,4
Waldshut-Emmendingen 23,1
Kastatt-Baden 23,6
Südingen-Waldshut 22,7
Nüchtern-Wahl 21,5
In 6 weiteren hat sie 20 bis 15 Prozent erreicht:
Wiesloch-Bruchsal 19,9
Wahl-Baden 18,2
Konstanz-Neberlingen 16,3
Neufuß-Emmendingen 15,6
Waldshut-Freiburg 15,6
Oberkirch-Wahren 15,6
In 8 anderen waren sie nicht stark genug, um in einen etwaigen zweiten Wahlgang kommen zu können, hat aber doch die Stärke von über 10 Prozent übergriffen:
Freiburg-Emmendingen 14,9
Freiburg-Emmendingen 13,8
Staufen-Freiburg 13,1
Nüchtern-Eberbach 12,7
Emmendingen-Emmendingen 12,6
St. Blasien-Waldshut 11,0
Engen-Konstanz 10,6
Bellingen-Donaueshingen 10,1
Diese Ziffern enthalten für das Zentrum sehr wichtige Lehren; wir dürfen und werden nicht an ihnen vorübergehen, ohne ihnen die angemessene Beachtung zu schenken.
Wir haben sodann ein großes Interesse an denjenigen Wahlbezirken genommen, welche mit unserer Hilfe für die Konservativen gewonnen waren und gewonnen werden sollten.
Von vier bereits gewonnenen ist einer verloren worden. Wir mußten damit rechnen und haben damit gerechnet, sobald Liberale und Sozialdemokraten geschlossen zusammengehen. Wir hatten die zureichende Hoffnung, daß einige andere Bezirke dazu gewonnen würden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen.
In diesem Oktober 1909 ist also anscheinend sehr viel an Mißerfolg für das Zentrum zu verzeichnen gewesen. Was erreicht wurde, steht weit hinter dem

zurück, was erreicht werden konnte und was man zuversichtlich zu erreichen hoffte. So scheint es. Eine Mehrheit der Stimmen, aus Zentrum und Konserverativen bestehend, konnte erreicht werden. Wenn nur 5 Mandate von der linken auf die rechte Seite kamen, war sie erreicht. Das schien gar nicht besonders schwer. Rechnet man nur mit den bürgerlichen Parteien, dann standen 29 links und 32 rechts. Würden aber auch die Sozialdemokraten zu links gerechnet, dann hieß es: 41 links und 32 rechts. Eine Verschiebung um 5 hätte ergeben: 36 links und 37 rechts, statt dessen heißt es zwar 24 links und 29 rechts, wenn nur die bürgerlichen Parteien ins Auge gefaßt werden, dagegen 44 links und 29 rechts, wenn zur bürgerlichen Linken auch die Sozialdemokratie genommen wird. Einweilen ist die bürgerliche Linke entschlossen, auch über die Wahlen hinaus gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie zu machen.
Das gibt der politischen Situation das Gepräge. Das nötigt aber auch die Überzeugung auf, daß die Zukunft um so sicherer der politischen Rechten gehören muß und gehören wird, je mehr die Gegenwart der politischen Linken überantwortet zu sein scheint.
Hätten die Oktober-Wahlen schon jetzt diesen Wechsel herbeigeführt, so wäre es vielleicht ungleich schwerer festzuhalten gewesen, als wenn verschiedenes sich noch abspielt, ehe dieser Wechsel als naturgemäßes Ergebnis weiterer Entwicklung sich förmlich aufdrängt. Es gibt auch Nationalliberale, die sich die Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse Badens so denken. Wie der „Badische Beobachter“ vom 10. November mitteilt, hat der „Kamb. Korresp.“ vom 3. November eingehender über die badischen Wahlen sich ausgeprochen und dabei verschiedene sehr interessante Dinge gesagt. Der Herr meint gegenüber der zur Schau getragenen optimistischen Beurteilung der Sozialdemokratie durch die Nationalliberalen:
Die von der Sozialdemokratie zu erwartenden Kulturfortschritte bedeuten sehr wenig im Vergleich zu den enormen Rückschritten, die von ihrem Anwachsen drohen.
Wir dieser Anschauung steht er zweifellos nicht vereinzelt da im nationalliberalen Lager. Je nachdem die Dinge in der zweiten Kammer sich gestalten, kann er Recht bekommen mit seiner Vorhersage folgender Beforgnis:
Es muß mit einer völligen Ablösung der parlamentarischen Arbeit gerechnet werden.
Diese „Ablösung“ droht zu kommen, wenn der Großblock brutale Gewalttätigkeit herrschen lassen will, wie es in der liberalen Presse stellenweise beifürwortet wird.
Neben der parlamentarischen Situation der Nationalliberalen schreibt der Herr:
Dort, wo sie einst selbständig und leidet oft sehr rücksichtslos geherrscht haben, stehen sie jetzt an der dritten Stelle. Ihre Anträge können sie nur dann durchsetzen, wenn sie entweder das Zentrum oder die Sozialdemokraten für sich gewinnen. Zudem sind sie führerlos.
Von dem bisherigen Führer Obkircher meint er, daß er „durchaus nicht das Ideal eines Führers“ war.
Der interessanteste Teil seiner Ausführungen bildet der Schluß, welcher lautet:
Jetzt ist es dazu gekommen, daß alle diejenigen Kreise, in denen die Sozialdemokratie als der gefährlichste Feind des Staatslebens angesehen wird, sich von den Nationalliberalen abwenden müssen.
Die Anhänger der einst alle nationalen und liberalen Elemente umfassenden Partei haben keinen festen Boden mehr unter den Füßen.
Zumal bei Reichstagswahlen werden sich die Massen nicht mehr zum leidenschaftlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie entflammen lassen.
Was bleibt überhaupt nach einem solchen Abkommen an Grundfragen bestehen?
Der Ruf „gegen den Alexitarismus“ reicht zur Sammlung der gemäßigten liberalen Elemente um so weniger aus, als in Baden nicht von literalem Druck gesprochen werden kann.
Also nicht einmal die Not entschuldigt ein Abkommen, durch das nicht nur das Verhältnis zu Krone und Regierung total verdorben, sondern auch in die politische Welt Badens Verwirrung und Verbitterung getragen worden ist.
Unter welchen Gesichtspunkten wir diese Kritik auch beurteilen mögen, wir vermögen an ihr keine einzige gute Seite zu entdecken.
Die Nationalliberalen Deutschlands haben keinen Grund, Baden als Mutterland zu rühmen.
Wo die Kreise Anschluß suchen müssen und suchen werden, die der Sozialdemokratie wegen „sich von den Nationalliberalen abwenden müssen“, kann nicht zweifelhaft sein. Die Verhältnisse selbst werden einen unwiderrstehlichen Zwang ausüben. Wie es sich gestalten wird, muß der Zukunft anheimgegeben werden. Sehr wahrscheinlich wird aber dieser Entwicklungsprozess leichter von flotten gehen und auf festerer Grundlage ruhen, als wenn er hätte vor sich gehen müssen, nachdem eine Mehrheit der Rechten aus den Wahlen herbeorgegangen wäre. Wenn nun von der politischen Lage die Rede ist,

wie die Oktoberwahlen sie geschaffen haben, so denke man zunächst daran:
wie die Dinge in der Zweiten Kammer sich gestalten werden: für die Regierung, wie für die Parteien.
Der Großblock hat der Groß. Regierung schon während des Wahlkampfes Fehde angekindigt. Sie soll zwischen Hauptwahl und Stichwahl den Versuch gemacht haben, dem Zentrum und den Konserverativen zu Hilfe zu kommen, indem sie den bürgerlichen Parteien eine Verhängung zwecks gemeinsamer Bekämpfung der Sozialdemokratie nahelegte. Zweifellos war es der Regierung mit ihrem Vorschlag, die Sozialdemokratie gemeinsam zu bekämpfen, ernst. Ob sie dabei auch die Unterdrückung einer bürgerlichen Partei im Auge hatte, wird über ihre Kreise hinaus niemand mit Sicherheit sagen können. Wenn dies der Fall war, so hat sie ganz gewiß nicht dem Zentrum zu Hilfe kommen wollen.
Dieser Meinung muß auch Obkircher sein. Wenn von Politik und politischen Absichten der Regierung die Rede ist, so denkt jedermann an allererster Stelle an den Minister des Innern. Von diesem Herrn hat Obkircher in gar nicht ferner Vergangenheit gesagt (24. April 1907 in Mannheim):
Das Zentrum werde an dem neuen Minister keine größere Freude erleben als das unter der Ministerialverwaltung des Herrn Ministers Schenkel der Fall war. Auch Herr von Bodman sei ein scharfer Gegner des Zentrums.
Und er fügte lakisch bei:
Der Minister werde es auch in seiner Verwaltung ungestätigkeit an den Tag legen. — Daß der gleiche Minister inzwischen ein bessere Freund des Zentrums geworden ist, glaubt Obkircher zweifellos selber nicht.
Es ist gegenstandslos, sich über den Vorschlag der Regierung zu äußern, da das Zentrum nicht in die Lage kam, zu demselben Stellung nehmen zu können. Dessen kann doch das folgende gesagt werden: Seit Jahren hat das Zentrum bei verschiedenen Gelegenheiten durch den einen oder anderen seiner Wortführer es ausgesprochen, daß es gerne die Hand bieten würde zu gemeinsamer Bekämpfung der Sozialdemokratie. Natürlich dürfte ihm dabei nicht zugemutet werden, etwa die Parteinteressen der Nationalliberalen damit zu unterstützen und zu fördern, wie es seinerseits auch nicht die eigenen Parteinteressen dadurch gefördert haben wollte. Wenn es also im gegebenen Falle nicht grundsätzlich ablehnend sich verhalten hätte, so wäre es einfach sich selbst getreu geblieben. Freilich ist es an ein solches Zusammenarbeiten und Zusammenkämpfen mit Politikern von Obkircher und Bodmanns Art kaum jemals zu denken. Es gibt jedoch auch Nationalliberale, welche in diesem und in anderen Punkten nicht die gleichen Anschauungen haben. Ob das Zentrum sich hätte darauf einlassen können, bei etwaigen Verhandlungen mit anderen bürgerlichen Parteien irgend welche Vorschläge der Regierung als Grundlage einer Verständigung entgegenzunehmen, ist wieder eine Frage für sich. Wenn Obkircher und dessen Gefolgschaft die Regierung wenig feine angefallen haben, so darf man sich kaum darüber wundern. Und namentlich Staatsminister v. Dusch hat es reichlich verdient.
Es ist kaum anders denkbar, als daß die Herren von der Regierung mit schweren Sorgen daran denken, mit einer so zusammengekauften Kammer die Geschäfte für das Wohl des Staates und des Volkes erledigen zu sollen. In solchen Sorgen ist sie protestantisch selber schuld. Man kann darüber streiten, ob es sachgemäß war, was sie zwischen Haupt- und Stichwahl getan hat. Wenn sie selber der Meinung war, es sei sachgemäß, dann erweist es um so verwunderlicher, daß sie die infame Verleugung des Volkes in Sachen der Reichsfinanzreform absolut teilnahmslos zusah, wie wenn kein Staatsinteresse davon berührt würde, wenn das ganze Volk förmlich aufgewiegelt wird gegen die Steuerbelastung und eine Steuergesetzgebung als „niederträchtig“, als eine „Missetat“, als ein „Verbrechen“ gescholten wird.
Und was unter dem Titel „Sparsamkeit“ seit Jahr und Tag schon geschrien ist, scheint vielfältig auch mehr dem Gebiete der Fehle als dem Gebiete der Verdienste einer Regierung anzugehören.
Im übrigen wird von sachkundiger Seite verifiziert, es gebe in solchen Kreisen der Reichsidee noch Leute genug, welche in der Sozialdemokratie ein geringeres Übel erblicken als im Zentrum. Wenn auch Leute aus den Kreisen der Regierung dazu gehören, wird eine Kur vielleicht keinen Schaden anrichten.
Welche Stellung wird nun das Zentrum im neuen Landtag einzunehmen haben?
Meine Herren! Die Präsidentenfrage wird zurzeit viel erörtert. Da ist vorweg zu betonen:

Unsere Sache kann es nicht sein, den Entschlüssen der Zentrumsfraktion vorzugreifen, oder gar sich zu äußern, daß es einer Direktive gleich sehen könnte. Ich glaube aber annehmen zu können, daß die Fraktion in ihrer Mehrheit, ja einstimmig sagen würde: „Gut, mögen sie die Präsidentenposten untereinander teilen, wir tun nicht mit.“ Es wäre dann bei einer Ausschaltung des Zentrums nicht unmöglich, daß es dem Zentrum erspart wird, ja direkt unmöglich gemacht wird, den Vorsitz in Kommissionen zu übernehmen oder gar überhaupt in den Kommissionen mitzuwirken.

Es ist ein Rückschritt, daß wir überhaupt noch in Erweiterungen darüber eintreten, wer den Präsidenten der Kammer zu stellen hat. Im Jahre 1903 sind darüber im Landtag bündige Abmachungen getroffen worden, und zwar zwischen den damals stärksten Parteien, Nationalliberalen und Zentrum, in Gegenwart aller übrigen Parteien. Die Ergründlichkeit, die wir damals dem herrschlichen Nationalliberalismus abgedrängt haben, war ein Vorteil für die kleinen Parteien. Und — o Ironie des Schicksals — jetzt sind es gerade die kleinen Parteien, Demokraten und Freisinnige, aus deren Organe der Ruf zum Rechtsbruch bei der Präsidentenfrage erschallt. Diese Parteien, die es jetzt so machen, haben Anspruch auf gleiche Behandlung nicht, wenn es einmal anders kommen sollte.

Meine Herren! Die Kammerarbeit ist auf verschiedenen Gebieten eine sehr wichtige. Es war von der Schulfrage im Wahlkampf die Rede, und es ist ja allgemein bekannt, daß ein neues Schulgesetz kommen wird. Bezüglich dessen möchte man wünschen, daß eine so zusammengesetzte Kammer möglichst wenig an den bestehenden Zuständen rüttelt. In der heutigen „Freisinnigen Zeitung“ steht eine angelegliche Anklage von mir in einer Zentrumsversammlung in Unterrombach. Ich soll dort nach der „Freisinnigen Zeitung“ gefragt haben:

„Das Zentrum und die Konserverativen werden (nach den Wahlen) die Schulfrage nach unserem Willen lösen.“

Das kann ich nur kennzeichnen als eine Lüge. Es ist mir nicht im Traum eingefallen, so etwas zu sagen. Dagegen habe ich mehr als einmal das Gegenteil gesagt. Und das Gegenteil von dem was die „Fr. Ztg.“ mir in den Mund legt, steht auch in unserem offiziellen Wahlauftrag.

Eine große Frage tritt an uns heran:

Welche praktische Nutzenwendung ziehen wir aus den Wahlen,

die nicht so ausgefallen sind, wie wir es erhofften? Das große Ziel, eine Mehrheit der Rechte zu erreichen, bleibt bestehen, das Ziel, das wir unverrückt im Auge behalten müssen durch Unterstützung der Konserverativen durch Zentrumsstimmen. Wenn wir auch bei dieser Wahl keine besonders günstigen Erfahrungen in diesem Punkte gemacht, wo die Scharen der konserverativen Wähler gelichtet scheinen, so darf uns das doch einen anderen Weg, als den bisher betretenen nicht zeigen. Der Gedanke gemeinsamer Arbeit zur Vertiefung der Linien hat an Platz gewonnen. Ob wir im kommenden Wahlkampf in gleicher Art die Konserverativen unterstützen werden, d. h. direkt im ersten Wahlgang, ist bis dahin eine offene Frage. Es wird sich das ganz von selber geben. Es steht auch zu erwarten, daß die Kreise der Nationalliberalen, die man als die Gemäßigten kennt, Fühlung zu gewinnen suchen bei den Konserverativen. Ich glaube, daß wir das in der nächsten Zukunft erleben werden. Oblicher ist ja nicht in die Kammer gewählt worden und ich möchte glauben, daß weit über die Zentrumsstimmen hinaus diese Tatsache begrüßt wird. Sein Fernsein von der Kammer dürfte wohl dazu beitragen, daß diese Entwicklung erleichtert wird. Es wird für die nächste Zukunft die Situation für das Zentrum eine andere sein und eine andere Parole uns leiten müssen. Nicht mehr: Vor allem Kampf gegen die Nationalliberalen, sondern die Parole wird lauten:

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 13. November 1909.
Großes Hoftheater. Gestern abend begann der Partonist des Münchener Hoftheaters, Herr Fritz Feinhals, sein Gastspiel als „Hans Sachs“ in den „Meisterfingern“. Der Sänger hat mit der Wiedergabe dieses poetischen Schöpfers das Interesse des Theaterspublikums in nicht geringem Maße wachgerufen, zumal wir hier in Herrn Wittner einen tüchtigen Vertreter dieser Partie haben. Während letzterer des „Sachs“ mehr mit einem feinen Sarkasmus gibt, ihn aber mehr ernst nimmt, gibt ihn Feinhals mit einem lebenswürdigen, freudlichen Humor und einer gewissen Jovialität, die wir uns bei diesem Schauspieler, nach der Tradition, ganz gut denken können. Herr Feinhals, den wir schon vor Jahren als hervorragenden Sänger hörten, vereint alles, was diese historische Figur sympathisch gestalten muß, eine große, weiche und wohlklingende Stimme, eine klare, gut verständliche Diktion und ein belebtes, pointiertes Spiel; er gab dem ganzen Charaktereindruck eine helle, freundliche Färbung und seine Totalleistung war die eines hervorragenden Künstlers. Man sieht seinem „Don Juan“ mit Spannung entgegen.

Die übrige Besetzung ist bekannt; die Damen v. Westhoven und Gihofner, die Herren Euffard und Lanzler ragten besonders aus dem Ensemble heraus. Auch die Herren Raha, Keller und van Gorkom verdienen Anerkennung. Der Chor hielt sich wacker. Herr Hofkapellmeister Reichwein bewährte sich wieder als vorzüglicher Wagner-Interpreter; die Vorspiele waren von beiderseitiger Feinheit, der Orchesterpart überaus tadellos. Das Haus war gut besucht.

Großherzogliches Hoftheater. Kammerlänger Feinhals wird mit seinem zweiten Auftreten in der morgen (Sonntag) stattfindenden Aufführung von Mozarts „Don Juan“ sein hiesiges Ehrenamt abschließen. Wegen der eingehenden Proben zu Richard Wagners Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“ wird dann vor der am Samstag, den 20. Nov., angelegten Aufführung des „Meinhold“ nur eine Opernaufführung, nämlich Falstaffs „Vique Dame“ am nächsten Dienstag (16. Nov.), gegeben. Für Montag, den 22. Nov., ist Verdis „Trubadour“ vorgesehen.

Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Verbündeten derselben.

Das erleichtert uns die Situation. Was hat nun jetzt zu geschehen von unserer Seite auf parlamentarischen Boden und für die Partei im öffentlichen Leben? Wir müssen die Wähler, die aus Verstimmung, Vergebung unserer Fahne unteren wurden, wieder gewinnen. Die Partei wird im parlamentarischen Leben so nachdrucksvoll als möglich daran denken müssen, welcher Gegensatz besteht zwischen parlamentarischer Arbeit und sonstiger politischer Arbeit. Die einzige Unterlage für die Zentrumsarbeit ist der Reichstag. Kein Minister und kein Parlament hat die Zentrumsarbeit groß und stark gemacht, sondern nur die Wähler aus freier Entscheidung. Das Wählerpublikum uns zu erhalten und zurück zu erhalten mit den Gewählten. Das muß das Ziel sein, dem wir zustreben.

Ich fasse zum Schluß zusammen: Wir haben nicht gewonnen, was wir zu gewinnen hofften. Wir haben aber keinen Anlaß, anders als erhobenen Hauptes, mutig und entschlossen der Zukunft entgegenzusehen. Mutig und entschlossen gegen die Arbeit fort, damit das Zentrum 1912 bei den Reichstagswahlen und 1913 bei den Landtagswahlen gute, sehr gute Fortschritte mache.

Deutschland.

Berlin, 13. November 1909.

Die Feuerbestattung und die preussische General-synode. Die evangelische General-synode nahm zur Frage der Feuerbestattung der Geistlichen einen feierlichen Antrag an: 1. Die General-synode sieht sich nicht veranlaßt, zugunsten der Feuerbestattung die durch Gottes Wort und christliche Sitte gebilligten und im preussischen Staat allein zulässigen Begräbnis aufzugeben oder zu ändern. 2. Mit Rücksicht aber auf die im Antrag der 12. jährlichen Provinzial-synode und in einer Petition des Gemeindefürsors in Göttingen berührten Notstände überweist sie diesen Antrag und diese Petition dem evangelischen Oberkirchenrat zur Ermüdung.

* Oktoberfest? Mit Rücksicht darauf, daß viele Städte die bevorstehende Aufhebung des Detroi dadurch wehmen, daß sie die Schlachtopfergaben erhöhen und dadurch eine indirekte Hebung herbeiführen, hat der Deutsche Fleischerverband, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ mitteilt, an den Reichstags eine Eingabe gerichtet, dieser möge die betreffenden Kommunen auf die Unzulässigkeit ihres Verfahrens aufmerksam machen.

Reichstagswahl in Landsberg a. W. Soldin. Bei der gestrigen Reichstagswahl in Landsberg a. W. Soldin erhielten Amtsgerichtsrat Gollschäfer (konf.) 9469, Landwirt Schoeppe (lib.) 6377, Expedient Bängel (Soz.) 7555 Stimmen. Es ist die Wahl zwischen dem Konserverativen und dem Sozialdemokraten erforderlich.

Bei der Wahl im Jahre 1907 hatten die Konserverativen im ersten Wahlgang mit 13828 Stimmen gegen 6176 freisinnige und 6477 sozialdemokratische Stimmen gesiegt. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen ist nicht außerordentlich groß, wenn auch bedeutend. Dagegen sind viele Wähler zu Hause geblieben. In diesen Kreis haben, wie bereits gemeldet, die Liberalen in der unglücklichsten Weise gegen die Konserverativen geholt, weil ihr dort auftretender Parteisekretär katholisch ist. Genügt hat diese Sache offenbar nur den Sozialdemokraten.

aus Bayern. Die Abgeordnetenkammer hat heute das Warenhaussteuergesetz mit 106 gegen 24 Stimmen angenommen. Tagesstimmungen alle Sozialdemokraten und einige Liberalen.

aus dem Elsaß. Die „Basler Korrespondenz“ schreibt:

Mülhausen i. G., 12. Nov. Die preussischen Grenzschneidwerke im Elsaß, die glauben, mit preussischer Schneidwerkzeuge die Elsaßler zu guten patriotischen Deutschen zu machen, haben am letzten Sonntag wieder einen recht unangenehmen Dämpfer bekommen. Im Restaurant des Zentralhotels kam es am vergangenen Sonntag abend zu einer politischen Demonstration, als das dortige Orchester anlässlich eines Konzertes die Marseillaise spielte, wobei die Gäste kräftig mitgingen und sich zu wiederholten „Vive la France“-Rufen verleiteten ließen. Alsbald spielte die Musik die deutsche Nationalhymne und plötzlich entstand ein ohrenbetäubendes Protestgeheul, Pfeifen, Trampeln und Ass-z-Rufen. Das war um so auffälliger, als die Gäste zuvor noch lustig und fröhlich waren und nun plötzlich diese Wandlung? Die im Lokal recht zahlreich anwesenden Altsiedler haben in einiger Eile das Restaurant verlassen, begleitet vom höhnischen Gelächter halbwüchsiger Burken; auch die vielen deutschen Offiziere, welche mit Vorliebe dieses Lokal besuchen, verließen das Lokal, und nur ein vom Garnisonskommando der Besatzung dieses Lokals unterlag.

Die gesamte hiesige Lokalpresse ist einzig in der Verurteilung dieses Vorganges, sie verurteilt aber das übertriebene Aufwachen der Elsaßler in der altsiedlerischen Presse und protestiert dagegen, daß man die Mülhauser Bürger für das Vorgehen einiger halbweißer Burken verantwortlich machen möchte. Vollständig unrichtig wäre es, wenn man dieses Vorkommnis als eine Demonstration für Frankreich und gegen Deutschland taxieren wollte; es war einfach ein spontaner Ausdruck des Unwillens gegen alle übertriebene Schneidigkeit, die sich nun einmal im Elsaß nicht einbürgern kann. Die Polizei hat nun eine hochmögliche Untersuchung eingeleitet und zunächst den Kapellmeister des Orchesters einem langen Verhör unterzogen. Die Militärbehörde hat noch ein Urverstehen und über das Lokal die Militärbehörde verhängt, wodurch dem Restaurant, der an der ganzen Affäre vollständig unschuldig ist, großer Schaden erwächst. Zwischen der eingeleiteten Verurteilung und den zugewanderten Altsiedler wird trotz dieses Vorkommnisses das bisherige gute Einvernehmen bestehen bleiben und nur aus diesem Vorkommnis politisches Kapital schlagen möchte, der wird auch die Rechnung ohne den Wirt machen.

Soweit die Korrespondenz. Die Dinge im Elsaß sind zurzeit in einem Stadium der Unruhe, die geschürt wird durch allerlei taktlose zum Teil freche Gemüthsregungen norddeutscher Blätter, wie z. B. der „Täglichen Rundschau“. Die „Bin. Volkstz.“ Nr. 948 schreibt in einem orientierten Artikel über diese Dinge:

„Es ist nicht zu leugnen, daß die eigenartige Assimilation zurzeit nicht nur nicht vorwärts kommt, wie es normal geschehen sollte, sondern eher zurückgeht. Und doch ist eine solche Vermischung der altsiedlerischen und elsaßischen Elemente die Grundbedingung eines geistlichen politischen Lebens, einer definitiven Ausgestaltung der elsaß-lothringischen Verfassung usw.“

Die Assimilation wird schon kommen,“ sagt und schreibt Weiteres, „wir werden die Eingewanderten assimilieren, denn wir sind die Stärkeren, die Einwohner des Landes. Die Altsiedler müssen sich erst reiflos assimilieren, dann können sie politisch auftreten.“ Erst muß der letzte Rest des Selbsthums ausgerottet und eine rein deutsche Kultur herrschen, dann ist das Weichland assimiliert und politisch gleichberechtigt,“ verkröhen die Altsiedler.

Die richtige Auffassung der Assimilation liegt wohl in der Mitte: Die Elsaß-Lothringern haben das Recht, zu verlangen, daß die Eingewanderten sich der Bevölkerung assimilieren, wenn sie im politischen Leben eine Rolle spielen wollen — aber man darf ihnen nicht verübeln, daß sie ihre deutsche Nationaldemokratie betonen, ihren freudigen Erfolg über Deutschlands Siege, Größe und Erfolge, über die deutsche große Vergangenheit, die maßvolle Stellung in der Gegenwart, die glänzende Aussicht für die Zukunft. Gemüth draußen sie nicht den ganzen Tag die Weichschöne zu schwingen und Deutschland über alles zu singen, das wäre lächerlich und geschmacklos. Aber sie haben ein Recht und manchmal die Pflicht, ihren berechtigten Patriotismus zu bekunden und zu betonen.

Die Elsaß-Lothringern müssen mit der Zeit echte patriotisch empfindende Deutsche werden, die mit innerer Anteilnahme an des Reiches Geschicken interessiert und bereit sind, die nötigen Opfer dafür zu bringen. Man muß wenigstens den auf solche Gesinnung hinielenden Bestrebungen und Einrichtungen für und für öffnen, vor allem ihnen keine Hindernisse in den Weg legen; aber man darf dem Elsaßler nicht verlangen, wenn er auf seine französische Vergangenheit, die glorieuse und segnenbringend für das Land war, stolz ist, wenn er dankbare Sympathien für sein ehemaliges Vaterland hegt und die Resultate der langen französischen Kultur für ein kostbares Erbe des Volkes hält.

Gerade die Stellungnahme gegen diese berechtigten Interessen wirkt jetzt vielfach erbitternd und entgegen. Und doch erlaubt die Verfassung des Reiches eine doppelte Assimilation, weil sie eine zweifache Staatsorganisation kennt. Wie jeder sonstige Reichsangehörige Bürger oder Bayer und Deutscher ist, so gibt es eine elsaß-lothringische und eine deutsche Assimilation.“

Nach einer Rückkehr an die „Straßb. Post.“ Nr. 1236 soll die Hauptbedingung für den Weichschönen Austritt nicht der Chauvinismus sondern eine tiefe hege Eiferlichkeit gewesen sein! Der Urheber der Geschichte, die offenbar übertrieben wurde, Herr Wegelin, wurde aus dem Elsaß ausgewiesen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Kossuthpartei gesprengt. Aus Budapest, 12. Nov., wird gemeldet: Um einen Ministerien-votum zu erlangen, hat der Präsident des Abgeordnetenhauses Zuzh in Gemeinschaft mit den beiden Vizepräsidenten demissioniert. Die Wahl des neuen Ministeriums wird bereits morgen stattfinden. Voraussetzungen dürfte der Präsidentenposten einem Mitgliede der Kossuthpartei übertragen werden, während die beiden Vizepräsidentenstellen Mitgliedern der Verfassungspartei zufallen dürften. Infolge der Niederlage, welche Kossuth in der gestrigen Konferenz der Unabhängigkeitspartei erlitten hat, ist die Auflösung des ungarischen Reichstages unvermeidlich geworden, da, wie von Regierungsseite erklärt wird, eine aus 150 Abgeordneten bestehende Opposition jede parlamentarische Tätigkeit lahmlegen möchte.

In Ungarn sind, so schreibt die „Reichspost“, schon viele Rebellionen gemacht worden, aber so absonderlich noch noch keine, wie die heutige, da die eigene Rebellenhysterie gestürzt wurde. So absonderlich sind diese Vorgänge, daß sie beinahe komisch wirken. Man muß sich vorstellen, was in Ungarn der Name Kossuth für jeden sogenannten Patrioten ist: Der Inbegriff aller revolutionären Erinnerungen, der Ausdruck der Hoffnung auf die Verwirklichung dieser Revolutionsideale, der Name Kossuth ist eine Fahne, mehr noch, er ist ein Altar, vor dem jeder ungarische Chauvinist dreimal des Tages opfert. Der Kossuthkultus ist zu einem Götzendienst

geworden, zu dem man durch eine Unsumme von Geschichtsfälschungen heute die ungarische Jugend erzieht und gegen den sich aufzulehnen, bisher als das größte Majestätsverbrechen in Ungarn galt. Und der Träger dieses Namens, der die entzündende Verabfassung des, nach vor wenigen Jahren das große Wort anzusprechen, daß er für die Verjährung seiner „Familie“ mit den Habsburgern sei, ist heute entthront worden.

Frankreich.

Zum Prozeß der Lehrer. Von nationalfideischer und konserverativer Seite wird gemeldet, daß die von der Lehrervereinigung gegen die Bischöfe angestrebte Zivilklage wegen verschiedener Formfehler nicht zugelassen werden dürfte; diese Vereinigung hätte nur das Recht gehabt, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden, welche die Bischöfe vor das Schwurgericht hätte laden können, das in diesem Falle der allein zuständigen Gerichtshof sei. Ferner wird behauptet, das Unterrichtsministerium habe von dem Vorhaben der Lehrervereinigung nichts gewußt; der Minister hätte sonst nicht ermanget, sie auf die Feslerhaftigkeit des von ihnen eingeschlagenen Prozeßverfahrens aufmerksam zu machen.

In einer Ansprache zu Meuzien, die der Bischof von Grenoble, Monf. Henry, hielt, sagte er u. a.: „Ich verstehe nicht, warum die Lehrer uns in masse angegriffen haben. Ist denn unser Brief nicht ganz präzise gehalten? Lesse man ihn doch noch einmal und lege uns nicht in den Mund, was wir gar nicht gesagt haben. Nun wohl, wir werden vor die Gerichte gehen. In jenem Tage werde ich ohne anderen Beistand mich selber schützen. Ich werde die Bücher mitnehmen, die wir verurteilt haben, und die Stellen vorlesen, welche die Wahrheit angehen, deren Gültigkeit ich bin und die zu verteidigen ich die Mission habe. Wird sich bei dieser Sachlage ein französisches Gericht finden, das mich verurteilen kann? Wenn man mich aber wieder erwarten verurteilen sollte, so werde ich die Strafe bezahlen, aber am nächsten Tage werde ich wieder daselbst stehen.“

Andere Bischöfe wollen der gerichtlichen Vorladung keine Folge leisten, so der Bischof von Rennes. Da es sich um eine Zivilforderung handelt, würde in diesem Falle ohne Erörterung des Rechtsstreites ein Verurteilungsbescheid ergehen. Deshalb herrscht auch in den maßgebenden katholischen Kreisen die Ansicht, daß die Bischöfe bei diesem Zivilstreit den Lehrern die Spitze bieten sollen, nachdem doch schon der „Temps“ angekündigt hat, daß bei dieser Konfliktlage die Lehrer den Kürzeren ziehen werden.

Am Anzeiger der Emigkeit. Wir entnehmen folgendes dem „Glasfer“: Senator Piot, der unlängst starb, gab in den letzten Monaten öfters öffentlich seinen Bedauern Ausdruck, daß die französische Kirchenpolitik eine solche Wendung genommen hat. Um aber vollends jeden Zweifel über seine Anschauungen zu zerstreuen, widerrief er formell in einem Schriftstück, dessen Inhalt nun bekannt wird, mehrere seiner parlamentarischen Akte. In diesem, Saint Maude, 20. Aug. 1909, unterzeichneten Schriftstück heißt es: „Angesichts der Emigkeit erkläre ich hiermit, niemals der Freimaurerei angehört zu haben und jene Gesetze zu bedauern, bei deren Abkündigung ich mich gegen die Kirche habe betätigen lassen.“ In den Scherzen der letzten Lebens-tage rief Piot öfters die Namen Jesu und Maria an und sagte wiederholt das Ave Maria. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober legte er seine Beichte ab, am 31. Oktober empfing er die Sterbesakramente und gab seinen Neugebungen so öffentlich Ausdruck, daß die Anstehenden zu Tränen gerührt wurden. Am 2. Nov. starb er.

Spanien.

Die Wahlen zu den Provinzialräten haben folgendes Ergebnis gehabt: Die Konserverativen errangen die mit ihnen kommenden „Rechts“ der äußersten Rechten 21 Sitze, die Karlisten, die als Katholiken und staatsvereheliche Politiker unbedingt antirevolutionär sind, 15 Sitze. Mit Manra markiert noch die totalitäre Rechts-partei, nicht republikanisch, die 26 Sitze errang. Dient Block der Rechten von 884 Sitzen stehen gegen über 213 Liberale, 25 Radikale, 34 Republikaner und 4 Unabhängige mit zusammen 280 Sitzen. Interessant ist zu beobachten, wie sich die Republikaner zur Freiheitsfrage verhalten. Da nur die Republikaner und Radikalen den verlogenen Freirei-Mummeln mitsprechen, so stehen hier 664 einer Gruppe von 59 gegenüber. Mit diesen 59 hält es die liberal-sozialistische Presse des Auslandes.

Baden.

Karlsruhe, 13. November 1909.
Der „Badische Landesbote“ warnt vor der evangelisch-konserverativen Presse.

In Nr. 265 zielt der „Bad. Landesbote“ aus dem „Kirchens- und Volksblatt“ und aus dem „Reichspostens-“ eine abendliche Kritik über das Verhalten der Sozialdemokraten und Liberalen bei den Wahlen. Beide Blätter tadeln den Großklub, wobei der „Reichspostens-“ insbesondere die Religionsbekehrung der Sozialdemokraten kritisiert. Dazu schreibt der „Bad. Ado.“: „Beide Blätter, welche zur Verfassung und zum Frieden des Volkes beitragen und doch lediglich der religiösen Erbauung dienen sollen, gießen fortwährend Öl in das Feuer und schüren die Flamme der Parteigegensätze in fast jeder Nummer, und was sie andern vorwerfen, trifft hieneher bei ihnen zu. Es wird vor solchen Blättern hiermit mit Nachdruck gewarnt.“

Der „Bad. Ado.“ warnt also allgemein vor diesen religiös gemischten Blättern. Er wird daher sich in Zukunft nicht mehr beklagen können, wenn auch religiöse Leute vor der demokratischen Presse und überhaupt vor allen Blättern warnen, welche Öl ins Feuer der Parteigegensätze gießen.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Karlsruhe, 12. Nov. Im Ministerium des Innern fand heute eine Konferenz zur Verprechung der Arbeitslosenversicherung statt, zu der über 50 Interessenten erschienen waren. Die Vertreter der Handelskammern und Arbeitgeberverbände lehnten die Versicherung entschieden ab, während der Vertreter der Landwirtschafskammer sich für eine solche erklärte, wenn die Kosten von den Städten getragen werden. Die Vertreter der Handwerkskammern sind teils für, teils gegen die Versicherung. Die Arbeitervertreter wiesen auf den Notstand hin, der durch die Arbeitslosenversicherung befeitigt werden soll. Die Oberbürgermeister von Karlsruhe und Mannheim sprachen sich gleichfalls gegen die Versicherung aus,

Es gibt nichts Besseres als **MAGGI** Bouillon-Würfel



1 Würfel für 1/4 Liter **5** Pfg.

zur augenblicklichen Bereitung delikater Bouillon.

Natürlicher, feiner Fleischbrühgeschmack ist ihr grosser Vorzug.

Nur echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke Kreuzstern!

Konrad Schwarz

Spezial-Geschäft für sanitäre Anlagen u. Beleuchtung
50 Waldstr. 50 Karlsruhe 50 Waldstr. 50
Telephon 352

gestattet sich den Eingang von aparten
Neuheiten in
Beleuchtungskörpern
ergebenst anzuzeigen.

Grosse Auswahl. Billige Preise. Rabattmarken.

Winterstation für Lungenkranke
Sanatorium Wehrwald
bei Todtnoos, süd. Schwarzwald, 861 m. Höchstegelegene deutsche Heilanstalt für Lungenkranke. Höchster Komfort. Vollkommenste Hygiene. Besond. geeign. f. Leichtlungenkr. Irig. Arzt: Dr. Lips.

Grossherzoglicher Hoflieferant
Hoflieferant J. M. der Königin von Schweden
FRIEDRICH BLOS
F. Wolff & Sohn's Détail-Parfümerie
Kaiserstrasse 104 = Karlsruhe = Ecke der Herrenstr.
Fernsprech-Anschluss Nr 213
empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:
Moderne Schmuck-Gegenstände, Fächer jeder Art.
Feine kunstgewerbliche Gegenstände.
Fantasie-Möbel, Luxus- und Galanterie-Waren.
Reise-, Leder-, Bronze-, Haushalt-Artikel.
Majolika, Zinn-, Porzellan-, Holz-, Glas-Waren etc.
Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

V. Pfeuffer & Mannheim
Telephon 4492. Inh. Alfred Moch. E 5, 5 vis-à-vis der Börse

Kassenschränke
Tabernakelschränke, Opferstöcke u. Kassetten.
Vollendetste neuzeitliche Konstruktionen.

„Janus“
Wechselseitige Lebensversicherungs-Anstalt in Wien
Gegründet 1839.
Die Anstalt versichert Kapitalien und Renten in den verschiedensten Kombinationen und beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, kraft welcher der jährliche Betriebsüberschuss den Anstalts-Mitgliedern zu Gute kommt.
Prospekte und Auskünfte durch die
Generalagentur für das Grossherzogtum Baden
Karlsruhe, Georg-Friedrichstrasse 25.
(Generalagent Venanz Wenzler.)

Badische Pferde-
Versicherungsanstalt a. G.
zu Karlsruhe.
Versicherung gegen Verluste aus Tod, Tötungsnotwendigkeit, sowie Minderwert von Pferden.
Entschädigung bei Todesfall 80%, bei Tötung und Minderwert 70% des Versicherungswertes (Erlös aus dem Pferd zu Gunsten der Anstalt).
Gute, finanzielle Lage der Anstalt.
Prospekte, Mitgliedschaftsberichte etc. durch die
Direktion in Karlsruhe und die Vertreter der Anstalt.

Gebrüder Wissler
Spezial-Magazin
für Küche und Haus.
Kaiserstr. 237. Telef. 1354.
Glas, Porzellan,
Haus- u. Küchengeräte.
Spezialität:
compl. Kücheneinrichtungen.
Aufstellung gratis u. franko.

Chreiser Sparofenherde
in allen Größen und Ausführungen zu billigen Preisen vorrätig, anerkannt bestes Fabrikat im Baden, Baden und Kochen.
12 erste Preise. — Neueste Auszeichnungen. — Ehrenpreise und goldene Medaille, Neustadt a. d. Haardt und Fieberhofen, Lothr. — Reparaturen, Ersatzteile, Ausbessern schnell und billig. Herdabrit
Karl Chreiser,
Grossh. Hoflieferant,
Herrenstrasse 44. Telephon 2071.

Karlsruher Gesehungheim
in Baden
bleibt den Winter über geöffnet
Loje pro Tag 2 M. 50 Pfg. Anmel-
dungen nimmt entgegen.
Die Direktion des städtischen
Krankenhauses.
Montag bestimmt Ziehung
der beliebten Münchenerlotterie,
Loje à 2.-, 6 St. 11.-, 11 St.
20.- M., wobei auf 2 Loje sicher
1 Treffer kommt, ev. bis 12 000, 9 000,
5 000, u. f. f. empfiehl wie alle anderen
Sorten Loje
Carl Götz,
Leberhandlung und Bankgeschäft,
Helfstraße 11/15, Karlsruhe i. B.

Bauarbeiten-Vergabung.

Zur Erweiterung der kathol. Pfarr-
kirche in Kappelwinden (Amt Bühl)
sollen zur Ausführung in Verding ge-
geben werden:
im Anschlage zu
M.

Abbruch, Erdarbeit und	43.498.-
Maurerarbeit	2602.-
Verputzarbeit	1000.-
Stundarbeiten	15772.50
Steinmauerarbeit (rot)	17508.70
Eisenerarbeit	7061.50
Glasarbeit	—
Glasmalterarbeit	—
Glaserarbeit	1200.-
Schmiedearbeit	126.-
Mechanikarbeit	1327.-
Tüncherarbeit	—
Decorationsmalterarbeit	—
Tapezierarbeit	—
Dachdeckerarbeit	6161.60

Nach Prozenten der Kostenberechnung
auszubietende Angebote sind schriftlich,
versiegelt und mit Aufschrift versehen,
bis spätestens den 30. November 1909,
vormittags 10 Uhr, bei dem Katho-
lischen Stiftungsrate in Kappelwinden
portofrei einzureichen.
Die Pläne, Kostenberechnungen und
Bedingungen sind im katholischen Pfarr-
haus daselbst zur Einsicht aufgelegt,
Einsichtseröffnung dagegen findet im
Stadthaus statt.
Karlsruhe, den 10. Nov. 1909.
Erzbischöfliches Bauamt.
Sároth.

Bauarbeiten-Vergabung.

Zum Neubau einer kath. St. Martins-
kirche in Gleihingen (Amt Bretten)
sollen zur Ausführung in Verding ge-
geben werden:
im Anschlage zu
M.

Erdarbeit	837.19
Maurerarbeit	45971.98
Verputzarbeit	3523.11
Steinmauerarbeit (hell)	12035.97
Tüncherarbeit	8077.94
Glasarbeit	5378.65
Glasmalterarbeit	—
Schloßarbeit	1346.-
Schmiedarbeit	700.-
Mechanikarbeit	1033.10
Tüncherarbeit	730.18
Decorationsmalterarbeit	—
Tapezierarbeit	—
Dachdeckerarbeit	1398.38

Nach Prozenten der Kostenberechnung
auszubietende Angebote sind schriftlich,
versiegelt und mit Aufschrift versehen,
bis spätestens den 30. November d. J.,
vormittags 10 Uhr, bei dem Katho-
lischen Stiftungsrate in Gleihingen
portofrei einzureichen.
Die Pläne, Kostenberechnungen und
Bedingungen sind im katholischen Pfarr-
haus daselbst zur Einsicht aufgelegt.
Karlsruhe, den 10. Nov. 1909.
Erzbischöfliches Bauamt.
Sároth.

Seirat.

Suche für meine Verwandte, gebil-
detes, gebiegenes, katholisches Fräulein,
aus guter Familie, hübsche Erscheinung,
fähig im Haushalt, mitte der 20er,
mit schöner Aussteuer und vorläufigem
Vermögen von 10 000 M., passende
Partie.
Angebote unter Nr. 544 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl.

Möbliertes Zimmer
sofort zu vermieten: Erbprinzenstraße 28,
5. Stock links.

Phönix & Pfaff-Maschinen
beste deutsche Fabrikate
:: Reparaturwerkstätte ::

Georg Mappes,
Karlsruhe,
nur Karl-Friedrichstrasse 20.
Schreibmaschinen, Kassenschränke.
Orig. Pfeil-, Germania- und Diamant-Fahrräder.
„LA MOTOSACOCHE“, leichtes Motorrad.

Der beste Schutz für feuchte und kalte Füße
bietet
Schafwollenes Strickgarn
läuft nicht ein und filzt nicht.
Handgestrickte schafwollene Socken stets vorrätig.
Zu beziehen nur durch die Verkaufsstellen, welche durch Plakate
erkennlich sind, oder direkt bei
Kaiserstr. 115. **Dreyfuss** Ecke Adlerstr.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Briefumschläge mit und ohne Firma, in allen Größen und
jeder Stärke empfiehlt billigt die Buchdruckerei
der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe.

Jacob Löwe (Adolf Löwe Sohn)
en gros Vercandhaus in Manufaktur, Mode u. Ausstattungen en detail
Telephon 2493. **KARLSRUHE** Adlerstrasse 18a.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
Während der Messe verkaufe
Reste in Herren- und Damenkleiderstoffen,
Reste in Blusenstoff, Samt etc.,
Reste in Velour und Waschstoffen,
Reste in weissen und farbigen Hemdenstoffen,
Reste in Bettkattun und Damast,
Kostümröcke :: Blusen :: Unterröcke
Normal-Wäsche -- Gürtel -- Kopshawls
zu fabelhaft billigen Preisen.

Tanzlehr-
Institut
Jos. Braunagel,
Nowacksanlage 1.
Einzel-Unterricht, Privat- u.
Vereinskurse.
Gefl. Anmeldungen täglich:
von 11-5 u. 7-8 Uhr.
Sonntags: von 2-4 Uhr.
NB. Am 29. ds. beginnt ein neuer
Privat-Tanzkurs.

Hülsenfrüchte
neue,
Dürrobst
Leigwaren
empfehlen
Bernh. Oser,
Kolonialwaren und Delikatessen,
Waldfstraße 5.

Handschuhe,
Krawatten,
Gürtel,
Schirme,
anerkannt vorzügliche
Qualitäten,
empfehlen
Ludwig Oehl
Nachfolger
Karlsruhe
Kaiserstrasse 112.